

BESCHLUSS

des 75. Ord. Bundesparteitages der FDP, Berlin, 28. April 2024

NATO-Gipfel muss Signal der Stärke senden – Deutschlands Beitrag für eine zukunftsfähige transatlantische Sicherheitspartnerschaft

Vor zehn Jahren hat Putins Russland die Krim und die Ostukraine mit Terror und Krieg überzogen. Seit mehr als zwei Jahren führt Putins Russland nun bereits einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf dem gesamten Staatsgebiet gegen die Ukraine. Die brutale russische Aggression gegen einen friedlichen europäischen Nachbarstaat und seine Menschen markierte einen Epochenbruch.

Für Deutschland und unsere europäischen Partner endete mit dem russischen Angriff eine lange Phase des Friedens auf dem europäischen Kontinent, in deren Folge sich außen- und sicherheitspolitische Gewissheiten gerade auch in Deutschland verändert haben. Auch für die NATO als transatlantisches Sicherheitsbündnis hat spätestens mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine im Februar 2022 eine neue Zeit begonnen. Das Bündnis sieht sich einem veränderten Sicherheitsumfeld mit schwierigen und zunehmend komplexen und vernetzten Herausforderungen gegenüber. Mehr als 30 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges stellt der russische Imperialismus unter Putin wieder eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent dar. Wir müssen wieder bereit und in der Lage sein, Bedrohungen unserer freien Gesellschaft resolut zurückzuweisen. Nur wenn wir die Fähigkeit haben, uns gegen Aggressoren mit den Mitteln der Diplomatie, im Ernstfall aber auch militärisch zu behaupten, werden wir unsere Freiheit und Demokratie langfristig sichern können.

Ziel der NATO ist Frieden, Freiheit und Stabilität in Europa und der Welt. Aber seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, Angriffen gegen Länder wie Georgien, der aktiven Destabilisierung von Staaten wie Moldau sowie offenen Drohungen des Kremls gegen die gesamte NATO und insbesondere die baltischen Staaten, kann die Gefahr eines größeren Kriegs, der auch NATO-Staaten in Europa einbezieht, nicht mehr ausgeschlossen werden. Gleichzeitig verschiebt der rasante Aufstieg des autokratisch regierten China zunehmend die geopolitische Machttektonik im indo-pazifischen Raum. Die chinesische Machtprojektion, Einflussnahme – auch durch Sympathiebekundungen und Zusammenarbeit mit dem russischen Regime – reicht bereits heute weit in den euroatlantischen Raum und berührt Werte und Interessen des Bündnisses. Gleichzeitig hat die russische Aggression den NATO-Partnern einmal mehr die fundamentale Bedeutung der USA für das Bündnis und die europäische Sicherheit vor Augen geführt. Umso wichtiger ist es, dass vom kommenden NATO-Gipfel im Juli 2024 in Washington, bei dem auch das 75-jährige Bestehen der Allianz gefeiert wird, ein gemeinsames Signal

der Geschlossenheit und Stärke der Partner ausgeht. Auch weil er im Schatten des polarisierenden US-Wahlkampfes stattfinden wird.

75 Jahre Garant europäischer Sicherheit

Auch 75 Jahre nach ihrer Gründung ist die NATO ein unverzichtbarer Garant für Frieden, Freiheit, Sicherheit und Stabilität in Europa. Sie ist Ausdruck der engen transatlantischen Partnerschaft und unserer gemeinsamen westlichen Werte. Mit der Beistandsverpflichtung gemäß Artikel 5 steht sie für unsere gemeinsame Verteidigungsbereitschaft. Damit ist die NATO ein konkurrenzlos erfolgreiches Sicherheitsbündnis. Wir verdanken der NATO, dass es nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen ist, eine stabile Sicherheitsarchitektur in Europa zu erhalten und die territoriale Integrität und Souveränität der NATO-Partner zu wahren. Gerade für Deutschland hat die NATO während des Kalten Krieges dazu beigetragen, eine Ära des Friedens und der Freiheit zu sichern, die es uns ermöglicht hat, wirtschaftlich zu prosperieren und unsere demokratischen Werte zu schützen. Wir Freie Demokraten bekennen uns daher uneingeschränkt zur NATO als Fundament der europäischen Sicherheitsarchitektur.

Allianz für die Zukunft

Deutschland ist als wirtschaftsstärkstes Land in Europa in einer besonderen Verantwortung, eine führende Rolle zu übernehmen. Dazu gehört es, eigene strategische Interessen zu formulieren, sie zu fördern und gemeinsam mit unseren Wertepartnern in Europa und weltweit umzusetzen. Als Freie Demokraten sind wir davon überzeugt, dass unser Land den immer komplexer werdenden außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen auch in Zukunft nur gemeinsam mit seinen Partnern in der NATO und als Teil eines starken, verlässlichen Bündnisses erfolgreich begegnen kann. Die transatlantische Partnerschaft und die Zusammenarbeit im NATO-Bündnis sind entscheidend, um die gemeinsamen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern und eine friedliche und sichere Zukunft für alle zu gewährleisten. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für eine Stärkung der transatlantischen Beziehungen durch den Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Nordamerika und Europa ein.

Angesichts des sich verändernden geo- und sicherheitspolitischen Umfelds und der neuen Herausforderungen für die NATO ist es unerlässlich, dass sich das Bündnis weiter modernisiert und reformiert, um diesen Herausforderungen effektiv begegnen und seinen Auftrag der kollektiven Verteidigung und Friedenssicherung erfüllen zu können. Die aktuellen Beschlüsse von Madrid und Vilnius über ein neues Strategisches Konzept und die Maßnahmen zur Verbesserung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses sind richtige und notwendige Weichenstellungen, um die NATO handlungsfähiger zu machen und zu erneuern. Wir Freie Demokraten unterstützen diese Weiterentwicklung der NATO, um flexibler und effektiver auf Bedrohungen reagieren zu können und begrüßen die Stärkung der NATO-Ostflanke und die Aufnahme Schwedens und Finnlands als europäische Staaten in das Bündnis. Entgegen anderslautender Behauptungen der russischen Propaganda hat jedes Land das Recht auf freie Bündniswahl. Denken in imperialen Machstrukturen oder Einflusszonen, wie es das aktuelle russische Regime propagiert, lehnen wir ab. Klar ist: Die NATO war nie eine Bedrohung für Russland, sondern immer ein reines Defensivbündnis, dessen Mitglieder sich zur Souveränität, territorialen Unversehrtheit und den Menschenrechten bekennen, und wo jedes Land frei von Aggression und Zwang seinen eigenen Weg wählen kann.

Europäischen Pfeiler in der NATO stärken

Eine Stärkung der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik kann für uns Freie Demokraten immer nur mit einer gleichzeitigen Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO einhergehen. Eine Konkurrenz zwischen europäischen und atlantischen Sicherheitsinstitutionen lehnen wir ab. Zugleich ist es aber an der Zeit, dass die europäischen NATO-Mitglieder mehr Verantwortung im Bündnis übernehmen, auch um eine gerechtere und umfassendere Lastenteilung mit den USA im Bündnis zu gewährleisten, die den geopolitischen Veränderungen Rechnung trägt. Wir Freie Demokraten wollen den europäischen Pfeiler in der NATO stärken und damit die Handlungsfähigkeit der europäischen Partner im Bündnis erhöhen. Wir wollen deshalb, dass die europäischen Mitgliedstaaten im Bündnis und die Europäische Union mehr Verantwortung für eine effektive Verteidigung und Abschreckung übernehmen. Voraussetzung dafür ist eine engere Verzahnung der Zusammenarbeit der europäischen Partner in der NATO. Die europäischen Partner müssen sich bei Entscheidungen, Beschaffung und Ausbildung schneller abstimmen und mit einer Stimme sprechen können. Dafür wollen wir die notwendigen Strukturen schaffen, das Einstimmigkeitsprinzip in der EU-Außen- und Sicherheitspolitik abschaffen, sowie uns auch für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen NATO und EU einsetzen. Nur durch ein abgestimmtes Handeln von NATO und EU können wir auf aktuelle und künftige sicherheitspolitische Herausforderungen bestmöglich und angemessen reagieren.

Zeitenwende auch für Europa

Das Ziel, den europäischen Pfeiler in der NATO zu stärken, werden wir nur dann erfolgreich umsetzen können, wenn es der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten gelingt, durch mehr eigenständige sicherheits- und verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit zu übernehmen. Dazu brauchen wir endlich einen sicherheitspolitischen Aufbruch in Europa. Konkret bedeutet dieser sicherheitspolitische Aufbruch der EU, die Produktionskapazitäten der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie schnell auszubauen. Denn der Nachfragerückgang der letzten 30 Jahre hat die Kapazitäten geschwächt. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für eine engere europäische Zusammenarbeit bei der Fähigkeitsentwicklung, Rüstungsbeschaffung und -kooperation ein. Wir wollen die europäische und deutsche Rüstungsproduktion schnell und effektiv ertüchtigen und gleichzeitig durch Harmonisierung und Standardisierung Skaleneffekte nutzen, die Europa effizient verteidigungsfähig machen. Dafür befürworten wir die Schaffung abgestimmter Anforderungen, Zulassungsverfahren und Dienstvorschriften für europäische Militärausrüstung. Das bedeutet, dass es europaweit harmonisierte Standards geben soll, die gemeinsam definiert und entwickelt werden. Die Anwendung bestehender Ausnahmeregelungen muss dabei von komplexen Begründungen bei der Vergabe befreit werden. Damit werden Verfahren gestrafft und verteidigungsrelevante Kompetenzen und Industrien in Europa gehalten. So entsteht ein funktionierender Binnenmarkt für Rüstungsgüter mit kompatiblen Exportrichtlinien, der den innereuropäischen Kapazitätsaufbau stärkt und weiterhin außereuropäische Exporte ermöglicht. Bei all unseren Bemühungen um einen sicherheitspolitischen Aufbruch in Europa behalten wir Freie Demokraten das langfristige Ziel einer europäischen Armee fest im Blick.

Investitionen in Freiheit und Sicherheit

Zu einer fairen Lastenteilung im Bündnis gehört auch, dass alle NATO-Partner ihre finanziellen Zusagen einhalten. Inzwischen investieren fast alle europäischen Staaten mehr in Verteidigung als vor

dem 24. Februar 2022. Mit dem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen trägt Deutschland nicht nur zur bestmöglichen Ausrüstung und damit auch Sicherheit seiner Soldatinnen und Soldaten bei, sondern erweist sich endlich auch als verlässlicher Partner gegenüber seinen Verbündeten in der NATO. Wir Freie Demokraten wissen, dass wir am Beginn einer Ära der „Freiheitsinvestitionen“, der Investitionen in die Verteidigung unserer Freiheit, und dem Aufbau einer gesamtgesellschaftlichen Verteidigungsfähigkeit stehen. Um die Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung mit mindestens zwei Prozent unserer jährlichen Wirtschaftsleistung nach Auslaufen des grundgesetzlich garantierten Sondervermögens für die Bundeswehr sicherzustellen, bedarf es spätestens ab 2028 einer erheblichen finanziellen Kraftanstrengung. Auch deshalb kämpfen wir Freie Demokraten für eine „Wirtschaftswende“ in Deutschland und stellen mit einer klaren Prioritätensetzung sicher, dass wir jährlich mindestens zwei Prozent des BIP in die Verteidigung unserer Freiheit investieren. Im Zuge des integrierten Ansatzes der nationalen Sicherheitsstrategien werden wir darüber hinaus auch die Bereiche besonders berücksichtigen, die unseren nationalen Sicherheitsinteressen dienen.

Zu einem sicherheitspolitischen Aufbruch gehört aber auch, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten sich stärker in die gesamteuropäische Verteidigung einbringen. Die Europäische Investitionsbank sollte sich künftig auch im Bereich der Sicherheit- und Verteidigung engagieren können und alle EU-Mitgliedstaaten müssen ihren Streitkräften ausreichend finanzielle Mittel für Ausrüstung und Beschaffung zur Verfügung stellen. Wir Freie Demokraten werden uns deshalb dafür einsetzen, dass das Zwei-Prozent-Ziel auch innerhalb der EU als Zielmarke für die Verteidigungsausgaben zwischen den europäischen Partnern als Selbstverpflichtung vereinbart wird. Für eine Union mit 450 Millionen Einwohnern und einem BIP von 15,8 Billionen Euro ist dies ein erreichbares und vor dem Hintergrund der veränderten Sicherheitslage auch notwendiges Ziel. Mit einer engeren Verzahnung von Rüstung und Beschaffung sorgen wir dafür, dass diese Mittel auch effektiv eingesetzt werden und Europa einen größeren Beitrag für die Bündnisverteidigung einsetzt. Denn eine faire Lastenteilung ist entscheidend für die Glaubwürdigkeit und Effektivität der NATO.

Glaubwürdige nukleare Abschreckung bleibt notwendig

Die nuklearen Drohgebärden Putins haben es noch einmal unmissverständlich deutlich gemacht: Solange es Atomwaffen auf der Welt gibt, muss auch Europa an einem System der nuklearen Abschreckung festhalten, um der Erpressung durch autoritäre Atommächte nicht schutzlos ausgeliefert zu sein. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für den Erhalt eines glaubwürdigen Abschreckungspotentials im Rahmen der NATO ein. Es sind vor allem die Vereinigten Staaten, die den entscheidenden Anteil am nuklearen Abschreckungspotential der NATO haben und damit einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit Europas leisten. Aber auch die strategischen Nuklearstreitkräfte Frankreichs und Großbritanniens tragen bereits heute zur Sicherheit unseres Bündnisses bei. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat wiederholt Kooperationsangebote unterbreitet. Unabhängig davon, wer im Weißen Haus sitzt, kann Europa auch bei der nuklearen Abschreckung einen größeren Beitrag leisten. Mit der Beschaffung von neuen Flugzeugen hat die Bundeswehr sichergestellt, dass Deutschland auch weiterhin seinen Beitrag zur nuklearen Teilhabe beiträgt. Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Fortsetzung dieser nuklearen Teilhabe mit der Stationierung von US-Nuklearwaffen in Deutschland und setzen uns für einen engen Austausch mit Großbritannien und Frankreich über das europäische Element nuklearer Abschreckung im Rahmen der NATO ein. Einer Ausweitung der nuklearen Teilhabe auf die Staaten Ost- und Mitteleuropas stehen wir offen gegenüber. Wir Freie Demokraten unterstützen auch die fortgesetzten Bemühungen der NATO um nukleare Rüstungskontrolle und

Nichtverbreitung, insbesondere vor dem Hintergrund erodierender Abrüstungs- und Rüstungskontrollvereinbarungen. Wir setzen uns konsequent für die Reduzierung nuklearer Risiken ein und fordern einen konstruktiven Dialog zwischen den Atomwaffenstaaten, um sicherzustellen, dass Atomwaffen verlässlicher Abschreckung dienen und damit niemals eingesetzt werden.

Zukunft der Ukraine liegt in der NATO

Wir Freie Demokraten stehen fest und entschlossen an der Seite der Ukraine. Die Ukraine ist die erste Verteidigungslinie eines freien Europas. Für uns steht daher fest: Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen. Wir unterstützen das Land auch uneingeschränkt in seinem Recht auf freie Bündniswahl und bekräftigen unser Bekenntnis zur vollen euro-atlantischen Integration der Ukraine und ihrer Zukunft in der NATO. Wir Freie Demokraten setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass die EU und die NATO-Mitglieder die Ukraine weiterhin humanitär, finanziell, wirtschaftlich und militärisch unterstützen, um dem Land bei der Verteidigung gegen den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg und der Bewältigung seiner Folgen zu helfen. Dafür soll auch der NATO eine stärkere Rolle bei der Koordinierung der Unterstützung der Ukraine zukommen, so dass vom NATO-Gipfel in Washington ein unmissverständliches Signal der weiteren Unterstützung der Ukraine durch die NATO-Mitgliedstaaten ausgehen kann.

Wir begrüßen und unterstützen das bilaterale Sicherheitsabkommen vom 16. Februar 2024 zwischen Deutschland und der Ukraine, das die langfristige militärische Unterstützung der ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungskräfte zur vollständigen Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen zusichert. Dazu gehört für uns Freie Demokraten die Lieferung zusätzlich notwendiger weitreichender Waffensysteme (zum Beispiel Taurus) und Munition, um einerseits die Ukraine in die Lage zu versetzen, völkerrechtskonforme, gezielte Angriffe auf militärstrategisch relevante Ziele weit im rückwärtigen Raum des russischen Aggressors zu ermöglichen, und andererseits die Landstreitkräfte durch die Lieferung gepanzerter Kampfsysteme und geschützter Fahrzeuge weiter zu stärken sowie die Verteidigung des Luftraums sicherzustellen. Dazu gehört aber auch die Etablierung eines internationalen Unterstützungs- und Maßnahmenkatalogs für die Ukraine zur systematischen Kampfmittelräumung zur Beseitigung der durch die Kriegshandlungen bestehenden Gefahrenpotentiale. Neben der erforderlichen Sondierungs- und Bergungstechnik ist hierbei auch Unterstützung zur fachgerechten Delaborierung und Vernichtung vorzusehen.

Wir Freie Demokraten wollen auch, dass schon heute die Planungen für einen koordinierten internationalen Wiederaufbau der Ukraine beginnen, bei dem die EU und ihre Institutionen eine starke Rolle spielen. Dabei wollen wir alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um das eingefrorene russische Vermögen – auch das der russischen Zentralbank – zu nutzen. Der Wiederaufbau und der europäische Integrationsprozess müssen von Anfang an eng miteinander verknüpft werden, um den Weg der Ukraine in die Europäische Union zu unterstützen.

Putins Russland konsequent eindämmen, Resilienz fördern

Der russische Krieg gegen die Ukraine stellt einen der schwersten denkbaren Brüche des modernen Völkerrechts und einen fundamentalen Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit und die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen dar. Er markiert die endgültige Aufkündigung der NATO-Russland-

Grundakte durch Russland. Viel zu lange hat die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik die Bedrohung durch Russland aus dem Blick verloren und zu Recht wurde spätestens der russische Einmarsch als das Ende der deutschen und europäischen Nachkriegsfriedensordnung bezeichnet. Aber auch über die direkte militärische Aggression gegen die Ukraine hinaus, weitet Putins Russland seinen Einfluss mit Desinformationsoperationen und klassischer Geopolitik gegen NATO- und EU-Staaten aus. Das Leak der Kommunikation von Bundeswehroffizieren am 1. März 2024 durch ein russisches Staatsmedium ist nur das jüngste Beispiel für eine Art der hybriden Kriegsführung von Putins Russland im Cyber- und Informationsraum gegen Deutschland und andere europäische Staaten. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die NATO ihre Fähigkeiten im Bereich der aktiven Cyberabwehr sowie im digitalen Raum und im Weltraum weiter ausbaut und stärkt, um die Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten auch dort gewährleisten zu können. Die NATO muss im Rahmen der derzeitigen technischen Möglichkeiten entschieden gegen die Gefährdung des internationalen Luftverkehrs durch GPS-Jamming im NATO-Luftraum vorgehen. Denn die gezielten russischen Angriffe in der völkerrechtlichen Grauzone haben nur ein Ziel: NATO- und EU-Mitgliedstaaten innenpolitisch zu destabilisieren, Konflikte zu schüren, das Vertrauen in demokratische Institutionen zu untergraben, Fakenews zu verbreiten und so das transatlantische Bündnis als Garant für Freiheit und Sicherheit und die EU als europäisches Friedensprojekt zu spalten und damit zu schwächen.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, auch für nicht-militärische Bedrohungen gemeinsame Ansätze zu finden. Die Rückkehr von Geopolitik als Waffe und der strategische Einsatz wirtschaftlicher Abhängigkeiten erfordert, dass wir Verwundbarkeiten und Abhängigkeiten identifizieren wirtschaftliche Risiken minimieren und unsere kritischen Infrastruktur und unsere Lieferketten und unsere Gesundheitssysteme schützen.

Putins Russland ist zu einem Gegner geworden, dessen feindseliges Verhalten uns größte Entschlossenheit abverlangt. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für eine Isolierung Russlands in multilateralen Strukturen ein, soweit dies die internationalen Regime zulassen.

Gleichzeitig sind wir mit Blick auf unsere Partner in Mittel- und Osteuropa bereit, jeden Zentimeter des NATO-Territoriums im Angriffsfall zu verteidigen. Klar ist, dass auch hybride Angriffe zu einer Ausrufung des Artikel 5 des Nordatlantikvertrags führen können, wenn sie Schäden im Ausmaß eines militärischen Angriffes verursachen.

Transatlantische Interessen gegenüber China und im globalen Süden wahren

Der Aufstieg Chinas verändert die internationale Ordnung nachhaltig. China ist längst nicht mehr nur Partner, sondern zunehmend Wettbewerber und systemischer Rivale. Der wachsende Einfluss Chinas, auch über den indopazifischen Raum hinaus, fordert die westlichen Staaten und ihre Wertepartner zunehmend wirtschaftlich, gesellschaftlich und geopolitisch heraus. China erhöht kontinuierlich und deutlich seine Verteidigungsausgaben und modernisiert seine Streitkräfte mit dem Ziel, die regionale Hegemonie aufzubauen und mittelfristig globale Militärmacht zu werden. Dies betrifft insbesondere auch unsere freien Handelsrouten und die Freiheit der Schifffahrt (beispielsweise Taiwan-Straße). Auch deshalb ist es für die NATO als transatlantisches Verteidigungsbündnis notwendig, eine eigene Strategie für den Umgang mit Peking zu entwickeln, die eine koordinierte und langfristige Reaktion erfordert, um die Interessen und die Sicherheit der NATO-Partner zu schützen. Es ist auch des-

halb notwendig, weil China die Werte, auf denen die transatlantische Sicherheitspartnerschaft beruht, aktiv unterminiert. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der zwiespältigen Rolle, die China im Krieg Russlands gegen die Ukraine spielt. Peking gibt sich gerne als neutraler Vermittler in dem Konflikt, während es gleichzeitig mindestens rhetorisch den Schulterschluss mit Moskau sucht und mit Kritik und Schuldzuweisungen an die USA und ihre transatlantischen Partner nicht spart. Wir Freie Demokraten begrüßen daher, dass das neue Strategische Konzept der NATO auch die Herausforderung des transatlantischen Bündnisses durch die Volksrepublik China thematisiert. Wir setzen uns dafür ein, dass die NATO als Bündnis den noch engeren Austausch und die Zusammenarbeit mit Wertepartnern im indopazifischen Raum sucht.

Gleichzeitig begrüßen die Freien Demokraten, dass das strategische Konzept der NATO einen klaren Fokus auf Konflikte und Instabilität auf dem afrikanischen Kontinent und im Nahen Osten legt. Hier bilden Klimawandel, schwache Institutionen und eine in vielen Teilen schwache Wirtschaft, einen Nährboden für die Ausbreitung nichtstaatlicher bewaffneter Akteure und von Terrorismus. Für die Freien Demokraten gehört es zu einer klugen strategischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland, der EU und der NATO, dass Deutschland auch nach dem Abzug unserer Soldatinnen und Soldaten aus Mali in der Sahelzone politisch und finanziell präsent bleibt. Dies gilt umso mehr, da China und Russland neue finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeiten in Afrika und im Nahen Osten schaffen. Aufgabe der NATO- und EU-Partner ist es, sich als politische und strategische Partner in der Region zu präsentieren, die Interesse an einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den afrikanischen Regierungen haben, für die menschliche Sicherheit eintreten und Terrorismus effektiv vorbeugen.

Gemeinsam stärker gegen Spionage

Die aktuellen Spionagefälle im Umfeld der AfD und ihres Spitzenkandidaten sowie bei der Bundeswehr, illegale Polizeistationen der Volksrepublik China und russische Agenten in Ministerien verdeutlichen, dass Russland und China ihre Spionage und hybride Kriegsführung gegen uns und unsere Bündnispartner intensivieren. Peking und Moskau nutzen dafür extremistische Parteien im politischen Westen als Einfallstor, in Deutschland lässt sich die AfD dafür benutzen. Dies offenbart, wie innere und äußere Bedrohung für unsere verfassungsmäßige Ordnung und unsere nationale Sicherheit zusammenwirken. Gleichzeitig zeigen diese Fälle, dass Deutschland besser werden muss im Einsatz gegen Spionage, auch um unseren transatlantischen Partnern zu ermöglichen, nachrichtendienstliche Erkenntnisse mit uns zu teilen. Daher fordern wir ein entschlossenes Vorgehen gegen ausländische Agentenaktivitäten. Spionageabwehr und Gegenspionage beim Bundesamt für Verfassungsschutz sind auszubauen. Die Spionageabwehr muss ausschließliche Bundeskompetenz werden. Der Aufgabenbereich des Militärischen Abschirmdienstes ist auf alle verteidigungswichtigen Einrichtungen auszuweiten. Die Rechtsgrundlagen der einzelnen Nachrichtendienste sind anzugleichen, soweit dies die Zusammenarbeit erleichtert. Behörden, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und kritische Unternehmen sind verpflichtet, Spionageabwehrkonzepte zu implementieren. Gerade bei der Abwehr von Spionage kann die NATO nur dann sinnvoll sensible, für die Bündnisverteidigung entscheidende Informationen teilen, wenn alle Mitglieder ihre Fähigkeiten in diesem Bereich ausreichend ausgebaut haben.

Nationalen Sicherheitsrat endlich einrichten

Der Epochenbruch des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine erfordert, dass Deutschland nicht nur finanziell, sondern auch strategisch in seine Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit investiert. Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Um seine Rolle als verlässlicher Partner in der NATO bestmöglich ausfüllen zu können, muss Deutschland realistischer und strategiefähiger werden. Unsere NATO-Partner erwarten, dass wir auch hier unsere Hausaufgaben machen. Wir Freie Demokraten wollen deshalb, dass unsere bestehenden sicherheitspolitischen Ansätze und Instrumente an die aktuellen außenpolitischen Herausforderungen angepasst werden. Im Koalitionsvertrag haben SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Freie Demokraten vereinbart, dass die Bundesregierung eine umfassende Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) verabschiedet. Diese liegt inzwischen vor und ist sicherlich ein erster wichtiger und richtiger Schritt, der aber zugleich offenbart, dass Deutschland über keine ressortübergreifende, institutionell manifestierte Strategiefähigkeit verfügt. Wir Freie Demokraten stellen fest, dass eine Nationale Sicherheitsstrategie allein nicht ausreichen kann, um auf die aktuellen und sich abzeichnenden Herausforderungen für unsere Demokratie und die internationale Ordnung angemessen reagieren zu können. Wir Freie Demokraten bekräftigen daher unsere Forderung nach der zügigen Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates, der mit den vorhandenen Mitteln zu einer ständigen ressort- und behördenübergreifenden Einrichtung mit einem Leitungssekretariat sowie einem Lage- und Analysezentrum auszustatten ist. Einzelinteressen innerhalb der Bundesregierung oder einzelner Ressorts dürfen der Einrichtung eines nationalen Sicherheitsrates nicht länger entgegenstehen. Dadurch versetzen wir Deutschland auch strategisch in die Lage, einen stärkeren Beitrag für die Sicherheit des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses zu leisten.